

Richtigstellung zum Thema Umgehungsstraße!

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Thema Umgehungsstraße ist für viele Röfinger Bürger, insbesondere für die Anlieger der Augsburg- und Thannhauserstraße ein besonders bedeutendes Thema. Nach langem Hin und Her konnte nun endgültig eine Lösung gefunden werden, die den Anliegern und Grundstückseigentümer bzw. unseren Vollerwerbslandwirten gerecht wird.

Nun hat Herr 1. Bürgermeister Mayer in den vergangenen Tagen mit einer „Informations-offensive“ alle Bürger darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Erfolg einzig und allein ihm und dem Landtagsabgeordneten Sauter zu verdanken sei.

Hierzu nutzt er diverse Kommunikationswege (Mitteilungsblatt der Verwaltungsgemeinschaft, Internetauftritt der Gemeinde und auch das Gästebuch der Unabhängigen Wähler Homepage www.uwrr.de) um dem Bürger seine „verhandlungstechnische Meisterleistung“ und seine eigene Wahrheit und Interpretation der Vorgänge nahe zu bringen.

Dass aber der 1. Bürgermeister einer Gemeinde, deren offizielles Kommunikationsmittel (Homepage und Amtsblatt/Mitteilungsblatt der Verwaltungsgemeinschaft) benutzt, um Gemeinderatsmitglieder herabzuwürdigen und darüber hinaus noch gezielt Unwahrheiten verbreitet, ist so nicht hinnehmbar.

In unserem Gästebuch befindet sich auch ein Eintrag von Herrn 1. Bürgermeister Mayer, der sich an einen Anwohner richtet, der das Geschehen um die Umgehungsstraße von Anfang an verfolgt hat und sich lobend gegenüber der Fraktion der Unabhängigen Wähler ausgesprochen hat (siehe **Anlage A**). Auch dieser musste sich erklären lassen, dass der erzielte Erfolg einzig dem Tandem Sauter/Mayer zu verdanken sei (siehe **Anlage B**). Da auch in Röfingen Meinungsfreiheit herrscht, ließ die Antwort des „belehrten“ Anwohners nicht lange auf sich warten (siehe **Anlage C**).

Lassen Sie uns nun die einzelnen Aussagen im Schreiben von 1. Bürgermeister Mayer im Einzelnen betrachten. Die Basis bildet der offene Brief unseres 1. Bürgermeisters, der auf der offiziellen Internetseite unserer Gemeinde (<http://www.roefingen-rosshaupten.de/content/45/65/>) veröffentlicht wurde. Da nicht jeder über Internet verfügt, haben wir diesen Brief ausgedruckt und Ihnen als **Anlage D** diesem Schreiben beigelegt.

Zitat Mayer:

„Die Tatsache, dass es nun doch zum gewünschten Erfolg kommen wird, ist nur dem Einsatz unseres Abgeordneten Alfred Sauter und Bürgermeister Mayer zu verdanken.“

Fakt ist:

Am 07.01.2009 fand eine Gemeinderatssitzung im Rathaus in Röfingen statt. Zentrale Tagesordnungspunkte waren:

- Beratung und **Beschlussfassung** bzgl. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Röfingen
- Beratung und **Beschlussfassung** bzgl. Trassenführung der Umgehungsstraße von Röfingen

In dieser Sitzung sollte die von den Herren Mayer und Sauter gemeinsam ausgehandelte Kompromisstrasse Variante 1b verabschiedet werden. Am Tag vor der Sitzung (es war der Feiertag „Heilige Drei Könige“) wurde allen Gemeinderäten noch eine Sitzungsvorlage der Verwaltung zugestellt, in der es unter anderem heißt:

*„Nach langwierigen Verhandlungen konnte den Naturschutzbehörden bei weiteren Gesprächen im Landratsamt und in der Regierung in Augsburg doch ein Kompromiss abgerungen werden. Letztlich ist dieser Kompromiss auch dem Einsatz von Herrn MdL Alfred Sauter zu verdanken, der sich für die Gemeinden stark macht. Die Regierung stimmte nun unter strengen Auflagen der Trassenvariante 1b zu. **Dies bedeutet, dass eine andere Variante für uns nicht mehr in Betracht kommt.**“*

Weiter unten ist in der Sitzungsvorlage zu lesen:

„Wie oben bereits erwähnt, stellt die Regierung als Höhere Naturschutzbehörde bestimmte Bedingungen. Unter anderem die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Röfingen. Es muss dort planerisch sichergestellt werden, dass es keine weiteren Asphaltierungen, Versiegelungen, keine Freizeitnutzung und keine baulichen Nutzungen über die Trasse 1b hinaus nach Westen in den Talraum hinein gibt. Hierzu sollen die Flächennutzungspläne aller betroffenen Gemeinden dahingehend geändert werden, dass dort nur noch Flächen für die Landwirtschaft mit besonderer ökologischer Bedeutung dargestellt werden. Also eine anderweitige Nutzung ausgeschlossen wird.

....Die Darstellung bindet aber die Gemeinde und verdeutlicht die naturschutzfachliche Bedeutung dieser Flächen“.

Mit anderen Worten:

für die Kompromissvariante 1b hätte unsere Gemeinde einen sehr hohen Preis bezahlt!

Zum einen wäre die Trasse viel zu nahe am Ort verlaufen, zum anderen wären künftige Generationen bei anderweitiger Nutzung des Mindeltales als der landwirtschaftlichen durch die Änderung des Flächennutzungsplanes stark eingeschränkt gewesen.

Faktisch hätte sich die Gemeinde mit dieser Beschlussfassung im Bereich des Talraums selbst für handlungsunfähig erklärt.

Dieser Sachverhalt ist der wirkliche Verdienst des Tandems Sauter/Mayer und deren Verhandlungsgeschick. Über Monate wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der keinem Röfinger Bürger gerecht wurde.

Einzig den Unabhängigen Wählern mit ihrem Fraktionssprecher Herrn 3. Bürgermeister Johann Brendle ist es zu verdanken, dass dieser „Verhandlungserfolg“ am 07.01.2009 nicht abgestimmt und damit nicht beschlossen und verabschiedet wurde. Die Unabhängigen Wähler kritisierten das unbefriedigende Ergebnis und die absolut unzureichende Informationspolitik, die der Tragweite dieses Projekts nicht einmal ansatzweise gerecht wurde. Schließlich einigte man sich auf eine Sondersitzung am 20.01.2009 bei der sämtliche am Kompromiss beteiligten Experten anwesend sein sollten und nahm die brisanten Punkte von der Tagesordnung.

Zwischenzeitlich wurden seitens der CSU/FW- Fraktion bereits Stimmen laut, die versicherten, dass die CSU/FW-Fraktion die Punkte in dieser Form auch nicht verabschiedet hätten. Die Erfahrung aller langjähriger Unabhängigen Wähler Gemeinderäte lehrt uns etwas gänzlich anders! Keiner der UWR/R Gemeinderäte kann sich daran erinnern, dass durch die Stimmen der CSU/FW oder mit Hilfe der CSU/FW jemals eine Beschlussvorlage des 1. Bürgermeisters geändert wurde.

Auch drängt sich in diesem Zusammenhang noch eine weitere Frage auf.

Wenn seitens CSU/FW wirkliche Vorbehalte gegen die Kompromissvariante 1b vorhanden gewesen wären, wären die Punkte sicher nicht mit Beratung und **Beschlussfassung** auf der Tagesordnung erschienen.

Am 17.01.2009 organisierten die Unabhängigen Wähler einen kommunalpolitischen Dämmerschoppen im Gasthaus Zahler, um den interessierten Röfinger Bürgerinnen und Bürger die wenigen vorliegenden Informationen vorzustellen und deren Meinungen zum Thema Umgehungsstraße einzuholen. Einhelliger Tenor der anwesenden Bürger und Landwirte war, dass diese Planungen bzw. Vorhaben nicht akzeptiert werden dürfen.

Die Sondersitzung am 21.01.2009 mit allen, ausgenommen MdL Sauter, am Kompromiss beteiligten Personen, brachte keine neuen Erkenntnisse. In dieser Sitzung kristallisierte sich lediglich heraus, warum der für die Gemeinde unannehmbare Kompromiss zustande kam. Bis auf das flehentlich „vielleicht können Sie darüber nochmals schlafen“ in Richtung Vertreter der Oberen Naturschutzbehörden, kam von Herrn 1. Bürgermeister Mayer nicht viel Zählbares. Eine fachlich fundierte Argumentation, die einem solchen Projekt eine Wende geben kann, sieht aber sicher anders aus.

Zitat Mayer:

„Zu guter letzt sollen sich so wichtignehmende Gemeinderäte daran erinnern, dass in aller Regel der gewählte 1. Bürgermeister, wie auch in der Gemeindeordnung festgelegt, und nicht 12 Gemeinderäte einzeln die Gemeinde nach aussen vertreten“.

Fakt ist:

Wenige Tage nach dieser Sondersitzung, geleitet von dem Gedanken die Kompromissvariante 1b zu verhindern schrieb der Unabhängige Wähler Gemeinderat Herr Ralf König nach Rücksprache mit seiner Fraktion einen Brief an Ministerpräsident Seehofer (siehe **Anlage E**). Der Beweggrund für dieses Schreibens war nicht, wie von 1. Bürgermeister Mayer vermutet, sich in den Vordergrund zu drängen. Vielmehr sollte mit guten Sachargumenten, adressiert an die höchsten Stellen, doch noch eine Lösung zum Wohl der Röfingener Bürger gefunden werden.

Wie aus der oben zitierten Sitzungsvorlage eindeutig hervorging, hatte das Verhandlungsduo Sauter/Mayer aus ihrer Sicht ja schon das maximale für unsere Gemeinde erreicht. Ralf König wollte in Abstimmung mit seinen Fraktionskollegen die Sache nach vorne bringen, weil er nach der vorliegenden Sachlage und den während der Sondersitzung gemachten Erfahrungen, das Vertrauen in die Lösungskompetenz von Sauter/Mayer verloren hatte.

Dass Ralf König als Bürger und Gemeinderat für dieses Schreiben nicht den Segen des 1. Bürgermeisters benötigt, wird durch folgende Gesetzestexte belegt:

- **Art. 110 Bayerische Verfassung** - "Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern".
- **Art. 115 der Bayerischen Verfassung** - "Alle Bewohner Bayerns haben das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Behörden oder den Landtag zu wenden."
- **Art. 5 Abs. 1 GG** - "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten UND SICH AUS ALLGEMEIN ZUGÄNGLICHEN QUELLEN UNGEHINDERT zu unterrichten."
- **Art. 17 GG** - "Jedermann hat das Recht sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden."

Zitat Mayer:

„Der Einsatz eines Gemeinderates der UWR/R, der in zwei Briefen an den Ministerpräsident jeweils eine Absage erhielt, hat das Verfahren und die Verhandlungen nicht erleichtert, sondern im Gegenteil sehr erschwert“.

Fakt ist:

Hätte Herr 1. Bürgermeister Mayer die Antwort des Ministeriums (siehe **Anlage F**) genau gelesen, könnte er eine solch haltlose Behauptung nicht aufstellen. In dem Antwortschreiben wird lediglich der Status quo zur Variante 1b wiedergegeben. Es beschreibt genau jenes Verhandlungsergebnis, das er selbst zusammen mit Alfred Sauter ausgehandelt hat. **Von einer Ablehnung kann also keine Rede sein.** Die Antwort des Ministeriums als Ablehnung zu interpretieren ist gleichbedeutend mit der Ablehnung seines eigenen Verhandlungsergebnisses.

Da die Ministeriumsantwort deckungsgleich mit dem von Herrn 1. Bürgermeister Mayer erzielten Verhandlungsergebnis war, erhöhten die Unabhängigen Wähler am 06.03.2009 den Druck auf die bayerische Staatsregierung mit einem erneuten Schreiben (siehe **Anlage G**). In diesem Schreiben machen die Unterzeichner klar, dass sie gewillt sind mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln öffentlichkeitswirksam zu kämpfen, um die Variante 2 durchzusetzen.

Alle Gemeinderatsmitglieder der Unabhängigen Wähler unterzeichneten dieses Schreiben. Den CSU/FW - Gemeinderatsmitgliedern wurde ebenfalls angeboten, das Schreiben mitzuzeichnen, was aber stellvertretend für alle CSU/FW-Gemeinderäte von Gemeinderat Herr Karlheinz Vogt abgelehnt wurde.

Zitat Mayer (wie oben):

„Der Einsatz eines Gemeinderates der UWR/R, der in zwei Briefen an den Ministerpräsident jeweils eine Absage erhielt, hat das Verfahren und die Verhandlungen nicht erleichtert, sondern im Gegenteil sehr erschwert“.

Fakt ist:

Auch das 2. Antwortschreiben (siehe **Anlage H**) ist keine Absage wie es Bürgermeister Mayer gerne verstanden haben will. Vielmehr wurde den Unabhängigen Wählern durch das Ministerium in München mitgeteilt, dass zwischenzeitlich Gespräche zwischen der Regierung von Schwaben und Röfing Gemeindevetretern stattgefunden hatten.

Entgegen allen Lippenbekenntnissen von Herrn 1. Bürgermeister Mayer bzw. 2. Bürgermeisterin Ingrid Osterlehner doch gemeinsam für die Umgehung zu kämpfen, versteht es sich fast von selbst, dass die Unabhängigen Wähler weder von Herrn Mayer noch von Frau Osterlehner eingeladen wurden. Diese beiden, verstärkt um Gemeinderat Herr Karlheinz Vogt bildeten die Gemeindevertretung bei einem Gespräch am 18.03.2009 beim Regierungspräsident von Schwaben.

Ist das ein Beispiel für vertrauensvolle Zusammenarbeit???

Doch auch ohne Anwesenheit der Unabhängigen Wähler, lieferte das Antwortschreiben des Ministeriums die nötigen Informationen.

Zitat Anlage H:

„Dabei brachte die Gemeinde vor, dass die aus naturschutzfachlicher Sicht positiv beurteilten Trassen 1a und 1b für die Gemeinde nicht hinnehmbar sind“.

Dieser einzige Satz ist der Beleg dafür, dass Herr 1. Bürgermeister Mayer von seinem als Verhandlungserfolg gepriesenen Trassenverlauf 1b endgültig abgerückt und auf die von Anfang an von den Unabhängigen Wählern vertretene Trasse 2 geschwenkt war.

Das Antwortschreiben formuliert lediglich das Prozedere, das von nun an eingeschlagen werden sollte. Nicht mehr der Freistaat ist Baulastträger, sondern **die Gemeinde steuert das Bebauungsplanverfahren** in eigener Zuständigkeit.

Zitat Anlage H:

„Welche Trassenvariante von der/den Gemeinde/n eingebracht wird, liegt dann im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde“.

Es sei darauf verwiesen, dass diese Möglichkeit vom Bayerische Straßen- und Wegegesetz ausdrücklich vorgesehen ist, sie wurde von den Herren Sauter/Mayer nur nie ernsthaft in Betracht gezogen.

Zitat Mayer:

„Der Briefeschreiber soll zur Kenntnis nehmen, dass er mit seiner Aktion die Angelegenheit sehr kompliziert und teurer gemacht hat, denn nun ist anstelle des kostengünstigen Planfeststellungsverfahrens ein aufwendiges Bauleitplanungsverfahren notwendig geworden (Planung und Grunderwerb auf Kosten der Gemeinde), das in Absprache und weiteren Verhandlungen mit der Regierung vermieden hätte werden können. Die dadurch entstehenden Mehrkosten für unsere Gemeinde werde ich zu gegebenem Zeitpunkt bekannt geben“.

Fakt ist:

Es liegen keine wirklich belastbaren Zahlen für diese Aussage vor. Weiterhin ist nicht nachvollziehbar, wie zwei äußerst sachlich formulierte Briefe (**Anlagen E und G**) ein laufendes Verfahren in der von Bürgermeister Mayer beschriebenen Weise verkomplizieren können.

Wir würden uns auf das gleiche hypothetische Niveau wie Herr 1. Bürgermeister Michael Mayer begeben, wenn wir behaupten würden, unsere Briefe an die Staatsregierung haben diese Lösung ermöglicht. Aber wir sind absolut sicher, dass die Schreiben dazu beigetragen haben, die Dinge wieder anzuschieben, die Herr 1. Bürgermeister Mayer und seine Fraktion längst als gegeben akzeptiert hatte.

Das Bestreben der Unabhängigen Wähler war seit jeher eine sachliche Zusammenarbeit mit der CSU/FW zum Wohl unserer Gemeinde. Wir hoffen, dass wir durch diese Klarstellungen zur Versachlichung der Debatte in Sachen Umgehungsstraße beigetragen haben. Letztlich ist es für die Fraktion der Unabhängigen Wähler nicht erheblich, wie der Weg war, der zum Ziel führte. Entscheidend ist nur, dass wir die Wünsche unserer Bürger gemeinsam verwirklichen konnten.

Johann Brendle, 3. Bürgermeister

Benno Schmid, Gemeinderat

Franz Brunner, Gemeinderat

Ralf König, Gemeinderat

Waltraud Huttner, Gemeinderätin

Johannes Nerdinger, Gemeinderat